

Protokoll 137. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 31. März 2021, 17.00 Uhr bis 21.12 Uhr, in der Halle 9
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsidentin Helen Glaser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Tobias Baggenstos (SVP), Emanuel Eugster (SVP), Nicole Giger (SP), Marcel Müller (FDP), Mischa Schiwow (AL), Vera Ziswiler (SP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2021/106](#) * Weisung vom 17.03.2021: VSI
Immobilien Stadt Zürich, Wache Süd von Schutz & Rettung VHB
Zürich, Quartier Wiedikon, Erweiterung, Umbau und Instandhaltungsarbeiten, Erhöhung Projektierungskredit
3. [2021/93](#) * Postulat der FDP-, SVP-, GLP- und AL-Fraktion sowie der STP
E Parlamentsgruppe EVP vom 10.03.2021:
Realisierung einer zukunftsfähigen Lösung anlässlich der anstehenden Renovation des Rathauses, Einflussnahme beim Regierungsrat des Kantons Zürich
4. [2021/108](#) * Postulat der AL-Fraktion vom 17.03.2021: VSI
E Befreiung von Strassen und Plätzen vom motorisierten Verkehr zum Gemeingebrauch der Bevölkerung an mehreren Samstagen im Jahr
5. [2021/109](#) * Postulat von Përparim Avdili (FDP) und Marcel Müller (FDP) VTE
E vom 17.03.2021:
Erhalt des bestehenden Kunstwerks auf dem Altstetterplatz im Rahmen der Bauarbeiten für die Limmattalbahn
6. [2021/110](#) * Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker VTE
E (Grüne) vom 17.03.2021:
Bioklimatische Aufwertung und innovative Gestaltung der versiegelten Fläche am Mühleweg

7.	2021/111	* E	Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 17.03.2021: Förderung der Anwendung von agrarökologischen Anbauverfahren	VTE
8.	2021/112	* E	Postulat von Natalie Eberle (AL) und Willi Wottreng (AL) vom 17.03.2021: Mütter- und Väterberatungsstellen, sozialräumlich und elektronisch niederschwelligere Gestaltung der Zugänglichkeit	VS
9.	2020/555	* A	Postulat von Maria del Carmen Señorán (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 02.12.2020: Unterstützung des lokalen Gewerbes mit Angeboten für die Mitarbeitenden der Stadt	FV
10.	2021/45	* E/A	Postulat von Vera Ziswiler (SP) und Alan David Sangines (SP) vom 03.02.2021: Bericht über mögliche Massnahmen für einen erleichterten Zugang zur Sozialhilfe und zu Personengruppen, die trotz Anspruch keine Sozialhilfe beziehen	VS
11.	2021/46	* E/A	Postulat von Alan David Sangines (SP) und Vera Ziswiler (SP) vom 03.02.2021: Bericht über Massnahmen zur Verbesserung der Situation von armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Erwerbstätigen	VS
12.	2019/44		Weisung vom 17.03.2021: Dringliche Motion von Gabriele Kisker und Luca Maggi betreffend neue Gebietsplanung rund um die Rote Fabrik unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Stadtbevölkerung nach Erholung, Freiraum und preisgünstigem Wohnraum, Antrag auf Fristerstreckung	VHB
13.	2020/505		Weisung vom 18.11.2020: Stadtentwicklung, Verein Zürich Tourismus, Beiträge 2021–2024 und Erhöhung Sonderbeitrag 2021 und 2022 zur Minderung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie	STP
14.	2020/447		Weisung vom 21.10.2020: Immobilien Stadt Zürich, Pflegezentrum Bachwiesen, Ersatzneubau Haus A, Quartier Albisrieden, Projektierungskredit	VHB VGU
15.	2021/78	E/A	Postulat von Nicolas Cavalli (GLP) und Martina Novak (GLP) vom 03.03.2021: Pflegezentrum Bachwiesen, Ausweisung eines angemessenen Anteils der Anlagekosten für eine ökologisch wertvolle Umgebungsplanung	VHB

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|---|------------|
| 16. | 2020/585 | | Weisung vom 16.12.2020:
Immobilien Stadt Zürich, Radiostudio Brunnenhof, Quartier Unterstrass, Einbau Sekundarschule, Erhöhung Projektierungskredit, Anzahlung Gebäudeentschädigung, Eventualverpflichtung für Miete, Abschreibung einer Motion, Nachtragskredit | VHB
VSS |
| 17. | 2020/78 | | Weisung vom 04.03.2020:
Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich, «Fachplanung Hitzeminderung» und zugehörige Umsetzungsagenda 2020–2023, Abschreibung Postulat und Motion | VGU |
| 18. | 2021/28 | E/T | Postulat der GLP-Fraktion vom 20.01.2021:
Berücksichtigung der in der Fachplanung Hitzeminderung definierten Handlungsansätze bei allen städtischen Bauprojekten | VHB |
| 19. | 2021/57 | E/A | Postulat von Martina Novak (GLP) und Marion Schmid (SP) vom 10.02.2021:
Studie betreffend Folgekosten bei Nichtumsetzung der in der Fachplanung Hitzeminderung vorgesehenen Handlungsansätze und Massnahmen | VGU |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

3773. 2021/127 Postulat von Dominique Zygmont (FDP) und Martin Bürki (FDP) vom 24.03.2021: Erhöhung der Anzahl bewilligter Sitzplätze auf temporär ausgeweiteten Boulevardflächen für gastronomische Angebote auf öffentlichem Grund

Dominique Zygmont (FDP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag voraussichtlich am 14. April 2021 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

G e s c h ä f t e

3774. 2021/106

Weisung vom 17.03.2021:

Immobilien Stadt Zürich, Wache Süd von Schutz & Rettung Zürich, Quartier Wiedikon, Erweiterung, Umbau und Instandhaltungsarbeiten, Erhöhung Projektierungskredit

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss des Büros vom 29. März 2021

3775. 2021/93

Postulat der FDP-, SVP-, GLP- und AL-Fraktion sowie der Parlamentsgruppe EVP vom 10.03.2021:

Realisierung einer zukunftsfähigen Lösung anlässlich der anstehenden Renovation des Rathauses, Einflussnahme beim Regierungsrat des Kantons Zürich

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3776. 2021/108

Postulat der AL-Fraktion vom 17.03.2021:

Befreiung von Strassen und Plätzen vom motorisierten Verkehr zum Gemeingebrauch der Bevölkerung an mehreren Samstagen im Jahr

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3777. 2021/109

Postulat von Përparim Avdili (FDP) und Marcel Müller (FDP) vom 17.03.2021:

Erhalt des bestehenden Kunstwerks auf dem Altstetterplatz im Rahmen der Bauarbeiten für die Limmattalbahn

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3778. 2021/110

**Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 17.03.2021:
Bioklimatische Aufwertung und innovative Gestaltung der versiegelten Fläche am
Mühleweg**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3779. 2021/111

**Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 17.03.2021:
Förderung der Anwendung von agrarökologischen Anbauverfahren**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3780. 2021/112

**Postulat von Natalie Eberle (AL) und Willi Wottreng (AL) vom 17.03.2021:
Mütter- und Väterberatungsstellen, sozialräumlich und elektronisch nieder-
schwelligere Gestaltung der Zugänglichkeit**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3781. 2020/555

Postulat von Maria del Carmen Señorán (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 02.12.2020:

Unterstützung des lokalen Gewerbes mit Angeboten für die Mitarbeitenden der Stadt

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Stephan Iten (SVP) vom 24. März 2021 (vergleiche Beschluss-Nr. 3739/2021)

Die Dringlicherklärung wird von 91 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

3782. 2021/45

**Postulat von Vera Ziswiler (SP) und Alan David Sangines (SP) vom 03.02.2021:
Bericht über mögliche Massnahmen für einen erleichterten Zugang zur Sozialhilfe und zu Personengruppen, die trotz Anspruch keine Sozialhilfe beziehen**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Alan David Sangines (SP) vom 24. März 2021 (vergleiche Beschluss-Nr. 3736/2021)

Die Dringlicherklärung wird von 64 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

3783. 2021/46

**Postulat von Alan David Sangines (SP) und Vera Ziswiler (SP) vom 03.02.2021:
Bericht über Massnahmen zur Verbesserung der Situation von armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Erwerbstätigen**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Alan David Sangines (SP) vom 24. März 2021 (vergleiche Beschluss-Nr. 3737/2021)

Die Dringlicherklärung wird von 73 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

3784. 2019/44

Weisung vom 17.03.2021:

Dringliche Motion von Gabriele Kisker und Luca Maggi betreffend neue Gebietsplanung rund um die Rote Fabrik unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Stadtbevölkerung nach Erholung, Freiraum und preisgünstigem Wohnraum, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Dringlichen Motion GR Nr. 2019/44.

Luca Maggi (Grüne) beantragt namens der Grüne-Fraktion die Ablehnung der sofortigen materiellen Behandlung und Überweisung an die SK HBD/SE.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Der Rat lehnt die sofortige materielle Behandlung mit 48 gegen 64 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Damit ist die Weisung der SK HBD/SE überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3785. 2020/505

Weisung vom 18.11.2020:

Stadtentwicklung, Verein Zürich Tourismus, Beiträge 2021–2024 und Erhöhung Sonderbeitrag 2021 und 2022 zur Minderung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein Zürich Tourismus wird ein jährlich wiederkehrender Beitrag von Fr. 1 222 923.– für die Jahre 2021–2024 bewilligt.

Der Beitrag wird jährlich der Teuerungsentwicklung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (Basiswert Dezember 2016). Eine negative Jahreststeuerung führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.

2. Der mit GR Nr. 2020/297 für 2020 bewilligte Sonderbeitrag von 4 Millionen Franken zur Minderung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie wird für 2021 um 2 Millionen Franken auf 6 Millionen Franken und für 2022 um weitere 1,6 Millionen Franken auf insgesamt 7,6 Millionen Franken erhöht.

Die Erhöhungen stehen unter dem Vorbehalt, dass der Verein Zürich Tourismus wegen tiefer CityTax-Einnahmen weiterhin auf den Sonderbeitrag angewiesen ist.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Stefan Urech (SVP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Dem Verein Zürich Tourismus wird ein jährlich wiederkehrender Beitrag von Fr. 1 222 923.– für die Jahre 2021–2024 bewilligt.

~~Der Beitrag wird jährlich der Teuerungsentwicklung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (Basiswert Dezember 2016). Eine negative~~

Jahresteuern führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.

Mehrheit: Urs Riklin (Grüne), Referent; Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Shaibal Roy (GLP)
 Minderheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP)
 Abwesend: Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP)
 Abwesend: Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Sarah Breitenstein (SP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)
 Minderheit: Urs Riklin (Grüne), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Shaibal Roy (GLP)
 Abwesend: Roger Bartholdi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Verein Zürich Tourismus wird ein jährlich wiederkehrender Beitrag von Fr. 1 222 923.– für die Jahre 2021–2024 bewilligt.

Der Beitrag wird jährlich der Teuerungsentwicklung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (Basiswert Dezember 2016). Eine negative Jahresteuern führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren

mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.

2. Der mit GR Nr. 2020/297 für 2020 bewilligte Sonderbeitrag von 4 Millionen Franken zur Minderung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie wird für 2021 um 2 Millionen Franken auf 6 Millionen Franken und für 2022 um weitere 1,6 Millionen Franken auf insgesamt 7,6 Millionen Franken erhöht.

Die Erhöhungen stehen unter dem Vorbehalt, dass der Verein Zürich Tourismus wegen tiefer CityTax-Einnahmen weiterhin auf den Sonderbeitrag angewiesen ist.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 7. April 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 7. Juni 2021)

3786. 2020/447

Weisung vom 21.10.2020:

Immobilien Stadt Zürich, Pflegezentrum Bachwiesen, Ersatzneubau Haus A, Quartier Albisrieden, Projektierungskredit

Antrag des Stadtrats

Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Ersatzneubau des Hauses A des Pflegezentrums Bachwiesen, Quartier Albisrieden, werden zusätzliche Projektierungsausgaben von Fr. 5 700 000.– bewilligt. Damit erhöht sich der vom Vorsteher des Hochbaudepartements mit Verfügung Nr. 200384 am 30. Juli 2020 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 600 000.– auf Fr. 6 300 000.–.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Sofia Karakostas (SP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

2. Die Handlungsanweisungen der Fachplanung zur Hitzeminderung sind auf die Parzelle gerichtet zu spezifizieren und mit quantitativen und qualitativen Forderungen in die Wettbewerbsausschreibung aufzunehmen.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Marcel Bührig (Grüne), Referent; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Marcel Savarioud (SP), Natascha Wey (SP)

Minderheit: Rolf Müller (SVP), Referent; Walter Anken (SVP), Nicolas Cavalli (GLP), Martina Novak (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Elisabeth Schoch (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Sofia Karakostas (SP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Joe A. Manser (SP), Martina Novak (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Marcel Savarioud (SP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)
 Minderheit: Rolf Müller (SVP), Referent; Walter Anken (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Ersatzneubau des Hauses A des Pflegezentrums Bachwiesen, Quartier Albisrieden, werden zusätzliche Projektierungsausgaben von Fr. 5 700 000.– bewilligt. Damit erhöht sich der vom Vorsteher des Hochbaudepartements mit Verfügung Nr. 200384 am 30. Juli 2020 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 600 000.– auf Fr. 6 300 000.–.
2. Die Handlungsanweisungen der Fachplanung zur Hitzeminderung sind auf die Parzelle gerichtet zu spezifizieren und mit quantitativen und qualitativen Forderungen in die Wettbewerbsausschreibung aufzunehmen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 7. April 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist 7. Juni 2021)

3787. 2021/78

Postulat von Nicolas Cavalli (GLP) und Martina Novak (GLP) vom 03.03.2021: Pflegezentrum Bachwiesen, Ausweisung eines angemessenen Anteils der Anlagekosten für eine ökologisch wertvolle Umgebungsplanung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Nicolas Cavalli (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3628/2021).

Rolf Müller (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 17. März 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 80 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3788. 2020/585**Weisung vom 16.12.2020:**

Immobilien Stadt Zürich, Radiostudio Brunnenhof, Quartier Unterstrass, Einbau Sekundarschule, Erhöhung Projektierungskredit, Anzahlung Gebäudeentschädigung, Eventualverpflichtung für Miete, Abschreibung einer Motion, Nachtragskredit

Antrag des Stadtrats

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Einbau einer Sekundarschule im Radiostudio Brunnenhof, Brunnenhofstrasse 22, 8057 Zürich, und die Anzahlung an die Gebäudeentschädigung sowie die Eventualverpflichtung für die Miete des Objekts bis zum Vollzug des Baurechtsvertrags wird der vom Stadtrat am 16. Dezember 2020 mit Stadtratsbeschluss Nr. 1204/2020 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 859 000.– um Fr. 5 361 000.– auf Fr. 7 220 000.– erhöht.

Unter Ausschluss des Referendums

2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2018/145, von Matthias Probst und Dr. Balz Bürgisser betreffend Projektierungskredit für die Erweiterung des Schulhauses Allenmoos wird als erledigt abgeschrieben.
3. Im Budget 2021 wird folgende Budgetanpassung (Nachtragskredit) bewilligt:

IM-Position	Sachkonto	Budget bisher Fr.	Nachtragskredit (NK) Fr.	Budget neu (inkl. NK) Fr.
(4040) 500759, Brunnenhof: Einbau Sekundarschule	5000 00 000, Grundstücke	0	1 200 000	1 200 000

Referent zur Vorstellung der Weisung: Christian Huser (FDP)

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffern 2–3 werden zu Dispositivziffern 3–4):

2. Bei der Projektierung wird beachtet, dass auf der versiegelten Aussenfläche ein Allwetterplatz entsteht und dass ein möglichst grosser Teil der restlichen Fläche entsiegelt und klimaökologisch gestaltet wird.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Sarah Breitenstein (SP), Natalie Eberle (AL), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)

Minderheit: Christian Huser (FDP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP)

Enthaltung: Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SK PRD/SSD folgenden Änderungsantrag zur Dispositivziffer 4 (bisher Dispositivziffer 3):

4. Im Budget 2021 wird folgende Budgetanpassung (Nachtragskredit) bewilligt:

IM-Position	Sachkonto	Budget bisher Fr.	Nachtragskredit (NK) Fr.	Budget neu (inkl. NK) Fr.
(4040) 500759, Brunnenhof: Einbau Sekundarschule	5000 00 000, Grundstücke 5040 00 000, Hochbauten	0 1 500 000	1 200 000	1 200 000 2 700 000

Der Rat stimmt dem Antrag von Stefan Urech (SVP) mit 109 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Zustimmung: Christian Huser (FDP), Referent; Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3 (bisher Dispositivziffer 2)

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Christian Huser (FDP), Referent; Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP)
 Minderheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Sarah Breitenstein (SP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
 Enthaltung: Natalie Eberle (AL)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 47 gegen 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4 (bisher Dispositivziffer 3)

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Christian Huser (FDP), Referent; Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)

Aufgrund der Zustimmung zum Änderungsantrag von Stefan Urech (SVP) sowie der Ablehnung der Dispositivziffer 3 (bisher Dispositivziffer 2) wird über die bereinigte Dispositivziffer 3 abgestimmt.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs.1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Einbau einer Sekundarschule im Radiostudio Brunnenhof, Brunnenhofstrasse 22, 8057 Zürich, und die Anzahlung an die Gebäudeentschädigung sowie die Eventualverpflichtung für die Miete des Objekts bis zum Vollzug des Baurechtsvertrags wird der vom Stadtrat am 16. Dezember 2020 mit Stadtratsbeschluss Nr. 1204/2020 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 859 000.– um Fr. 5 361 000.– auf Fr. 7 220 000.– erhöht.
2. Bei der Projektierung wird beachtet, dass auf der versiegelten Aussenfläche ein Allwetterplatz entsteht und dass ein möglichst grosser Teil der restlichen Fläche entsiegelt und klimaökologisch gestaltet wird.

Unter Ausschluss des Referendums

3. Im Budget 2021 wird folgende Budgetanpassung (Nachtragskredit) bewilligt:

IM-Position	Sachkonto	Budget bisher Fr.	Nachtragskredit (NK) Fr.	Budget neu (inkl. NK) Fr.
(4040) 500759, Brunnenhof: Einbau Sekundarschule	5040 00 000, Hochbauten	1 500 000	1 200 000	2 700 000

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 7. April 2021 gemäss Art. 12 und Art. 14 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 7. Juni 2021)

3789. 2020/78

Weisung vom 04.03.2020:

Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich, «Fachplanung Hitzeminderung» und zugehörige Umsetzungsagenda 2020–2023, Abschreibung Postulat und Motion

Antrag des Stadtrats

1. Die «Fachplanung Hitzeminderung» einschliesslich Planwerk (Fassung vom 20. Januar 2020, Beilage 1) und die «Umsetzungsagenda Hitzeminderung 2020–2023» (Fassung vom 20. Januar 2020, Beilage 2) werden zur Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2012/443, von Gabriele Kisker und Markus Kunz (Grüne), vom 28. November 2012 betreffend Umsetzung der vorgeschlagenen kompensatorischen Massnahmen zur Klimaverbesserung im Gebiet 1 der Klimaanalyse der Stadt wird als erledigt abgeschrieben.
3. Die Motion, GR Nr. 2018/328, der GLP-Fraktion vom 5. September 2018 betreffend Umsetzung eines Massnahmenplans für eine Hitzevorsorge der Stadt wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Martina Novak (GLP)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 3790/2021–3791/2021)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3790. 2021/137
Erklärung der SVP-Fraktion vom 31.03.2021:
Fachplan Hitzeminderung

Namens der SVP-Fraktion verliest Walter Anken (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Ein weiteres Arbeitsmittel den städtischen Verkehr aus Zürich zu vertreiben, unter falschem Deckmantel «Fachplan Hitzeminderung»

Nach diesem schneereichen und frostigen Winter ist es nicht leicht, über Klimaerwärmung und Hitzeminderung zu sprechen. Das Klima ändert sich, seit sich die Erde dreht. Das Gebiet der Stadt Zürich war mit Eis von einem Gletscher überdeckt. Auch ohne Autos, Flugzeuge, Öl- Heizungen, Heizpilze oder Einwirkung des Menschen schmolz vor tausenden von Jahren das Eis weg. Zurzeit steigen die Temperaturen an und das Klima erwärmt sich.

Das Konzept von Rot-Grün ist klar. Verbote, Einschränkungen und zurück in die Steinzeit lautet das Motto. Ein aktuelles Paradebeispiel ist das neue CO₂-Gesetz, welches für Bevölkerung und Gewerbe sehr teuer wird, für die Umwelt nutzlos ist und ungerecht ist. Wie wir im kommunalen Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (SLÖBA), sowie im kommunalen Richtplan Verkehr sehen, ist die Stadt Zürich alleine gar nicht in der Lage, diese Ziele des Richtplans oder die Hitzeminderung alleine umzusetzen. Die Stadt Zürich ist auf Private, wie Eigentümer, Gewerbe und die Bevölkerung angewiesen. Parieren diese nicht, wird nach sozialistischer Manier enteignet. Weiter wird der Fachplan Hitzeminderung dazu missbraucht, Strassenflächen, welche dem motorisierten Individualverkehr zur Verfügung stehen, diesem zu entziehen, oder mit Massnahmen unter dem Deckmantel «Fachplan Hitzeminderung» das Auto ganz aus der Stadt zu vertreiben. Ein neues Arbeitsmittel, nachdem die Initiative Züri autofrei für ungültig erklärt wurde.

Stadtrat Wolff schreibt, dass die Temperatur in der Stadt im Sommer bis zu 10 Grad höher sei als im Umland. Städte erwärmen sich tagsüber überdurchschnittlich und kühlen nachts unterdurchschnittlich ab. Das führt in den Sommermonaten zu Wärmeinseln und Tropennächten. Das verdichtete Bauen, weniger Grünfläche und weniger Freiraum tragen für die Hitzesteigerung bei. Hauptverantwortlich für die Überwärme in der Stadt, ist die massive Zuwanderung. Immer mehr Verdichtung bei den Wohnhäusern, immer weniger Platz, immer mehr Menschen in der Stadt. Die Lebensqualität sinkt und Dichtestress macht die Menschen langfristig aggressiv und krank. Wer glaubwürdig die Hitze in der Stadt Zürich bekämpfen will, muss sich an der Seite der SVP für eine Beschränkung der Zuwanderung einsetzen. Mit einigen Bäumen mehr oder kostspieligen Dach- und Fassadenbegrünungen werden wir das Problem Hitze in der Stadt mit Sicherheit nicht lösen.

3791. 2021/138
Erklärung der GLP-Fraktion vom 31.03.2021:
Fachplanung Hitzeminderung

Namens der GLP-Fraktion verliest Martina Novak (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Cool Down Züri: Hitzeminderung ist ein wesentlicher Bestandteil einer wirksamen Klimapolitik

Während die Klimaerwärmung ein globales Phänomen ist, sind ihre Auswirkungen unmittelbar lokal spürbar. Bereits heute verwandeln sich verschiedene Gebiete in der Stadt im Sommer in sogenannte «Hitzeinseln». Deshalb haben wir grünliberale den Stadtrat 2018 per Motion aufgefordert, einen departementsübergreifenden Massnahmenplan für eine Hitzevorsorge für die Stadt Zürich vorzulegen. Denn neben der Reduktion der Treibhausgasemissionen, sind Anpassungen an den Klimawandel essentiell. Mit der vorliegenden Fachplanung Hitzeminderung hat Zürich nun eine breite Analyse und Übersicht zur Hand, wie das Stadtklima künftig positiv beeinflusst werden kann. Die vorgesehenen Handlungsansätze zeigen auf, wie die ne-

gativen Auswirkungen der durch den Klimawandel ausgelösten steigenden Temperaturen für die Bevölkerung abgedeckt werden können. Wir fordern, dass die Fachplanung nun konsequent umgesetzt wird.

Die Hitzeentwicklung hat direkte Auswirkung auf unsere Lebensqualität

Zürich heizt sich im Sommer tagsüber immer wieder überdurchschnittlich auf und kühlt nachts nur ungenügend ab. Die Anzahl der Hitzetage und Tropennächte wird bis 2040 erheblich zunehmen. Dies hat direkten Einfluss auf die Lebensqualität und die Gesundheit der Stadtbevölkerung. Folgerichtig zielt die Fachplanung daher auf drei gewichtige Teilbereiche zur Hitzeminderung: weitere Überwärmung vermeiden, Kaltluftsystem erhalten, überwärmte Gebiete entlasten. Vor diesem Hintergrund erachten wir grünliberale es als wichtig, dass der Stadtrat die eigene Planung, Beratung und Förderung nach der neuen Hitzestrategie ausrichtet und wo nötig auch eine Anpassung von Gesetzesgrundlagen prüft. Insbesondere soll der Stadtrat die Fachplanung Hitzeminderung in den kommunalen Siedlungsrichtplan stringent einarbeiten: Dies ist bisher nur ungenügend geschehen, obschon die Vorlage die städtebauliche Entwicklung der nächsten Jahrzehnte prägen wird.

Konsequente Umsetzung und Wirkungsmessung der Hitzeminderungsmassnahmen sind entscheidend

Mit der Fachplanung Hitzeminderung begibt sich die Stadt auf einen Pionierpfad. Daher ist es wichtig die Erkenntnisse aus der Umsetzung laufend zu prüfen, weiterzuentwickeln und die Wirksamkeit der Massnahmen zu messen. Wir grünliberale begrünnen den departementsübergreifenden Ansatz der Fachplanung, fordern aber gleichzeitig mehr Verbindlichkeit sowie einen Fortschrittsbericht zuhanden des Gemeinderats: Konkret sollen bei allen städtischen Bauprojekten die in der Fachplanung Hitzeminderung definierten Handlungsansätze berücksichtigt und bei Projekten, die mittels Weisungen dem Gemeinderat vorgelegt werden, ein Weisungskapitel der Hitzeminderung gewidmet werden. Der Stadtrat soll dem Gemeinderat zudem alle vier Jahre einen öffentlichen Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Hitzeminderungsmassnahmen erstatten, inklusive einer Übersicht der Kosten. Wir sind der Meinung, dass diese Informationen der Öffentlichkeit transparent zugänglich gemacht werden müssen.

Folgekosten des Nichthandelns dürften erheblich sein

Die Umsetzung der in der Fachplanung Hitzeminderung vorgesehenen Handlungsansätze und Massnahmen ist mit Investitionen verbunden. Diese gilt es als Investition in die Zukunft zu verstehen. Sie müssen den Folgekosten des Nichthandelns gegenübergestellt werden. Wie zahlreiche Studien zeigen, übersteigen die Kosten von Weiter-wie-bisher-Szenarien (sogenannte «costs of inaction») die Kosten von Klimaschutz- und Anpassungsmassnahmen um ein Vielfaches. Es ist deshalb wichtig die Umsetzung der Fachplanung Hitzeminderung im Gesamtkontext zu beurteilen: Die durch die Klimaerwärmung in der Stadt zu erwartenden Folgekosten wie z.B. Gesundheitskosten, Infrastrukturkosten, Kosten für die städtische Wirtschaft wegen Leistungseinbussen oder Arbeitsausfällen etc. müssen zwingend mitbetrachtet werden. Wir grünliberale haben deshalb einen heute zur Debatte stehenden Vorstoss initiiert und miteingereicht, der eine Gegenüberstellung dieser Kosten fordert und damit eine fundierte Beurteilung der jeweiligen Investitionen ermöglichen soll.

3789. 2020/78

Weisung vom 04.03.2020:

Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich, «Fachplanung Hitzeminderung» und zugehörige Umsetzungsagenda 2020–2023, Abschreibung Postulat und Motion

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Die Ratspräsidentin beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Die «Fachplanung Hitzeminderung» einschliesslich Planwerk (Fassung vom 20. Januar 2020, Beilage 1) und die «Umsetzungsagenda Hitzeminderung 2020–2023» (Fassung vom 20. Januar 2020, Beilage 2) werden zur Kenntnis genommen.

Der Rat stimmt dem Antrag des Ratspräsidenten stillschweigend zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Die «Fachplanung Hitzeminderung» einschliesslich Planwerk (Fassung vom 20. Januar 2020, Beilage 1) und die «Umsetzungsagenda Hitzeminderung 2020–2023» (Fassung vom 20. Januar 2020, Beilage 2) werden ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Martina Novak (GLP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Marcel Savarioud (SP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)

Minderheit: Walter Anken (SVP), Referent; Rolf Müller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffern 2–3 werden zu Dispositivziffern 3–4)

2. Der Stadtrat erstattet dem Gemeinderat alle 4 Jahre einen Statusbericht zum Fortschritt der Umsetzung der Massnahmen zur Hitzeminderung, inklusive einer Gesamtübersicht der Kosten.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Martina Novak (GLP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Marcel Savarioud (SP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)

Minderheit: Walter Anken (SVP), Referent; Rolf Müller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Martina Novak (GLP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Marcel Savarioud (SP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)

Minderheit: Walter Anken (SVP), Referent; Rolf Müller (SVP)

Aufgrund des vorhergehenden Beschlusses wird über die bereinigte Dispositivziffer 1 abgestimmt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur neuen Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der neuen Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Martina Novak (GLP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Marcel Savarioud (SP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)
Minderheit: Walter Anken (SVP), Referent; Rolf Müller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3 (bisher Dispositivziffer 2)

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Martina Novak (GLP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Walter Anken (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Dr. Frank Rühli (FDP), Marcel Savarioud (SP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4 (bisher Dispositivziffer 3)

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Martina Novak (GLP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Walter Anken (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Dr. Frank Rühli (FDP), Marcel Savarioud (SP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die «Fachplanung Hitzeminderung» einschliesslich Planwerk (Fassung vom 20. Januar 2020, Beilage 1) und die «Umsetzungagenda Hitzeminderung 2020–2023» (Fassung vom 20. Januar 2020, Beilage 2) werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat erstattet dem Gemeinderat alle 4 Jahre einen Statusbericht zum Fortschritt der Umsetzung der Massnahmen zur Hitzeminderung, inklusive einer Gesamtübersicht der Kosten.

3. Das Postulat, GR Nr. 2012/443, von Gabriele Kisker und Markus Kunz (Grüne), vom 28. November 2012 betreffend Umsetzung der vorgeschlagenen kompensatorischen Massnahmen zur Klimaverbesserung im Gebiet 1 der Klimaaanalyse der Stadt wird als erledigt abgeschrieben.
4. Die Motion, GR Nr. 2018/328, der GLP-Fraktion vom 5. September 2018 betreffend Umsetzung eines Massnahmenplans für eine Hitzevorsorge der Stadt wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 7. April 2021

3792. 2021/28

**Postulat der GLP-Fraktion vom 20.01.2021:
Berücksichtigung der in der Fachplanung Hitzeminderung definierten Handlungsansätze bei allen städtischen Bauprojekten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martina Novak (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3490/2021).

Elisabeth Schoch (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 3. Februar 2021 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei allen städtischen Bauprojekten – im Hoch- und Tiefbau – die in der Fachplanung Hitzeminderung definierten Handlungsansätze berücksichtigt werden können. Insbesondere soll bei Projekten, die mittels Weisungen dem Gemeinderat vorgelegt werden, ein Weisungskapitel der Hitzeminderung gewidmet werden, das die zur Anwendung kommenden Handlungsansätze und deren Kosten abhandelt. Ebenfalls soll die Nichtberücksichtigung weiterer, im Grundsatz auf das jeweilige Projekt anwendbarer Handlungsansätze begründet werden.

Martina Novak (GLP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 90 gegen 16 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3793. 2021/57

**Postulat von Martina Novak (GLP) und Marion Schmid (SP) vom 10.02.2021:
Studie betreffend Folgekosten bei Nichtumsetzung der in der Fachplanung Hitzeminderung vorgesehenen Handlungsansätze und Massnahmen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martina Novak (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3585/2021).

Walter Anken (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 10. März 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 74 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3794. 2021/139

Motion von Jürg Rauser (Grüne), Julia Hofstetter (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden vom 31.03.2021:

Verordnung zur Ausweisung der Treibhausgas-Bilanz bei städtischen Bau- und Beschaffungsprojekten

Von Jürg Rauser (Grüne), Julia Hofstetter (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden ist am 31. März 2021 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Verordnung vorzulegen, welche regelt, dass die Treibhausgas-Bilanz bei städtischen Bau- und Beschaffungsprojekten ausgewiesen wird, welche die Finanzkompetenz des Stadtrates übersteigen. Die Verordnung soll regeln, wie für die verlangte Treibhausgas-Bilanz eine Lebenszyklusbetrachtung vorzunehmen ist, die Produktion, Betrieb und Entsorgung umfasst. Zudem soll ein Variantenvergleich, wo möglich, die klimafreundlichste Option darlegen.

Begründung:

Mit dem Pariser Klimaabkommen hat sich die Schweiz verpflichtet, ihre Emissionen von Treibhausgasen auf Netto-Null zu begrenzen. Unabhängig davon, zu welchem Zeitpunkt dieses Ziel erreicht sein soll, müssen wir als Entscheidungsgrundlage künftig bei jedem Geschäft wissen, wieviel Treibhausgase es verursacht oder allenfalls bindet.

Für die Klimafolgenabschätzung eines Geschäftes ist darum die Treibhausgas-Bilanz – quasi ein Preisschild «Treibhausgase» – nötig, genauso wie für die Folgenabschätzung eines Geschäftes auf das Budget ein Preisschild in Franken zwingend ist. Für eine gesamtheitliche Beurteilung ist beides eine Grundvoraussetzung.

Die vorliegende Motion beschränkt sich auf Bau- und Beschaffungsprojekte, weil hier bereits Instrumente bestehen, um eine Lebenszyklusbetrachtung der Treibhausgas-Bilanz zu erstellen und ein Preisschild «Treibhausgase» zu berechnen.

Bestehen beim Projekt klimafreundlichere Optionen, werden diese idealerweise ebenfalls mit Treibhausgas-Bilanz sowie den allfälligen Mehrkosten ausgewiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3795. 2021/140

Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 31.03.2021:

Stilllegung der Kernkraftwerke bis 2034, falls die Beteiligungen an der Kraftwerke Gösgen-Däniken AG (KKG) und der AG für Kernenergiebeteiligungen Luzern (AKEB) nicht verkauft werden können

Von der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion ist am 31. März 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stadt als Miteigentümerin der Kernkraftwerke Gösgen-Däniken AG (KKG) und der AG für Kernenergiebeteiligungen Luzern (AKEB) darauf hinwirken kann, dass die Kernkraftwerke bis 2034 stillgelegt werden können, sofern die Beteiligungen nicht verkauft werden können.

Dazu sollen Allianzen mit anderen Aktionärinnen gesucht werden. Zudem sollen die Chancen auf einen Verkauf der Beteiligungen laufend evaluiert werden, insbesondere inwiefern die Mitaktionärinnen bereit sind, einem Verkauf zuzustimmen, beispielsweise mit Absichtserklärungen. Über den Stand der Stilllegungs- und Verkaufsverhandlungen soll dem Gemeinderat alle vier Jahre Bericht erstattet werden.

Begründung:

Am 5. Juni 2016 haben die Stimmberechtigten der Vorlage «Ausstieg der Stadt Zürich aus der Kernenergie» zugestimmt und die Gemeindeordnung (GO, AS 101.100) mit Art. 125 ergänzt, wonach die Beteiligung der Gemeinde an Atomkraftwerken sowie der Bezug von Atomstrom längstens bis zum Jahr 2034 zulässig sind.

Trotz erheblicher Anstrengung konnte das EWZ keine möglichen Interessenten finden (Weisung 2020/520 Elektrizitätswerk, Verkauf Kernenergiebeteiligungen, Bericht). Um dem Auftrag der Gemeindeordnung zu entsprechen, muss aktiv darauf hingearbeitet werden, dass die Kernkraftwerke spätestens bis 2034 verkauft oder stillgelegt werden. Als Minderheitsaktionärin soll die Stadt das Stilllegungsziel aktiv einbringen.

Mitteilung an den Stadtrat

3796. 2021/141

Postulat von Simone Brander (SP), Natascha Wey (SP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 31.03.2021:

Umgestaltung des Bereichs und der Strassen rund um den Rieterplatz zwischen Waffenplatz- und Rieterstrasse in eine Begegnungszone und bessere Sicherung der offenen Zugänge des Spielplatzes

Von Simone Brander (SP), Natascha Wey (SP) und 3 Mitunterzeichnenden ist am 31. März 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Bereich und die Strässchen rund um den Rieterplatz zwischen Waffenplatz- und Rieterstrasse in eine Begegnungszone gemäss Art. 22b der Signalisationsverordnung (SSV, SR 741.21) umgestaltet werden können. Gleichzeitig soll eine Verschiebung und Aufhebung der umliegenden Parkplätze zwecks Erhöhung der Sicherheit vorgesehen werden. Ebenfalls soll geprüft werden, wie die zu den Strassen offenen Zugänge des Spielplatzes baulich besser gesichert werden können. Zudem soll geprüft werden, ob sich allenfalls ein Badebrunnen installieren lässt.

Begründung:

Der Spielplatz auf dem Rieterplatz führt auf zwei Seiten direkt auf die Strassen und es entstehen dadurch immer wieder gefährliche Situationen. Deshalb soll aus Sicherheitsgründen das Tempo auf den Strässchen zwischen der Rieter- und der Waffenplatzstrasse reduziert und eine Begegnungszone zwecks Verbesserung der Qualität für die Nutzenden eingerichtet werden.

Ausserdem sollen die Parkplätze auf die Parkseite verschoben werden. Die Parkplätze in Fahrtrichtung vor dem Parkeingang sind aufzuheben, damit die Übersicht jederzeit gegeben ist. Der Park soll auf drei Seiten hin geöffnet werden, um den Zugang zu verbessern.

Da sich innerhalb des Parks ein Kinderspielplatz befindet, ist es angezeigt, die Parköffnungen mit einem Türchen so zu sichern, dass es den Kindern nicht möglich ist, direkt aus dem Spielplatz auf die Strasse zu rennen. Die heutige Situation ist unbefriedigend, insbesondere der Zugang zur Waffenplatzstrasse ist gefährlich.

Der Rieterplatz ist zwischen den beiden langgezogenen Strassen Rieterstrasse und Waffenplatz/Mutschellenstrasse einer der wenigen Plätze, der eine Zentrumsfunktion einnehmen könnte und zu einem gefragten Treffpunkt für die Quartierbevölkerung werden kann. Dies wird vom Quartier auch so gewünscht. Die Einrichtung eines Badebrunnens würde die Aufenthaltsqualität im Sommer nochmals verbessern.

Mitteilung an den Stadtrat

3797. 2021/142**Postulat von Judith Boppart (SP) und Matthias Renggli (SP) vom 31.03.2021:
Flächendeckende Realisierung von qualitativen Begegnungsorten für Familien mit kleineren Kindern («One-Stop-Shops»)**

Von Judith Boppart (SP) und Matthias Renggli (SP) ist am 31. März 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob qualitative Begegnungsorte für Familien mit kleineren Kindern, sogenannte One-Stop-Shops, flächendeckend in der ganzen Stadt geplant und realisiert werden können, sowie ob die bestehenden Begegnungsorte für Familien zu solchen weiterentwickelt werden können.

Begründung:

Ein One-Stop-Shop konzentriert möglichst viele Angebote wie MVB-Beratung, Kinderhüeti, Kita, Spielgruppe, Kinderärztin, Hebammen, Deutsch/Integrationskurs mit Kinderbetreuung usw. am gleichen Ort. Mit solchen Begegnungsorten für Familien können mehrere wichtige Ziele gleichzeitig erreicht werden. Erstens werden sozial belastete wie auch gut situierte Familien erreicht. Diese Durchmischung führt zu einer Entstigmatisierung der Angebote der frühen Kindheit und zu vielfältigen Lernmöglichkeiten für die Kinder im Spiel mit andern. Zweitens kann dadurch die im Schlussbericht zu den Angeboten der frühen Kindheit in der Stadt Zürich als Best Practice aufgeführte lokale Vernetzung der verschiedenen Fachgruppen erreicht werden. Drittens wird dadurch der Zugang zu Angeboten der frühen Förderung sehr niederschwellig und die bestehenden Angebote werden untereinander vernetzt. Viertens kann mittels den Begegnungsorten die im Schlussbericht erwähnte Angebotslücke vom zweiten bis vierten Lebensjahr (zwischen Mütter- und Väterberatung und Kindergarteneintritt) geschlossen werden. One-Stop-Shops ergänzen die in der Weisung 2020/521 aufgeführten Massnahmen, resp. tragen zu deren Zielerreichung wesentlich bei.

Es bestehen mit Familien- und Gemeinschaftszentren bereits ein paar Begegnungsorte für Familien mit kleineren Kindern in der Stadt Zürich. Es gilt einerseits diese zu One-Stop-Shops weiterzuentwickeln und die Qualität inkl. der dafür nötigen Finanzierung sicherzustellen. Andererseits sollen weitere One-Stop-Shops abgestimmt auf die lokalen Bedürfnisse flächendeckend in der Stadt Zürich eingeführt werden. Denn von One-Stop-Shops können alle Kinder und Familien profitieren, insbesondere sozial Benachteiligte und weitere sich in schwierigen Situationen Befindende.

Frühe Förderung, auch frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) genannt, ist von zentraler Bedeutung im Bildungs-, Sozial-, Integration- und Gesundheitsbereich, da in den ersten Lebensjahren sehr viele Entwicklungsschritte passieren oder passieren sollten, die später nicht mehr oder nur mit einem um vielfach höheren Einsatz von Ressourcen nachgeholt werden können. Auch die schweizerische UNESCO Kommission kommt zum Schluss, dass es eine öffentliche Aufgabe ist allen Kindern Zugang zu qualitativ hochwertiger FBBE zu ermöglichen und für gerechtere Chancen beim Eintritt in den Kindergarten zu sorgen

Mitteilung an den Stadtrat

3798. 2021/143**Postulat von Hans Dellenbach (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 31.03.2021:
Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für den Einsatz von teil- oder vollautonomen Fahrzeugen auf definierten Teststrecken**

Von Hans Dellenbach (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) ist am 31. März 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen teilautonome und vollautonome Fahrzeuge auf definierten Teststrecken zum Einsatz kommen können.

Begründung:

Automatisierte, selbstfahrende Fahrzeuge haben das Potential, urbane Mobilität schon in naher Zukunft grundlegend zu verändern. Mit dem Projekt «Self-e» haben die VBZ schon vor einiger Zeit damit begonnen, erste Erfahrungen im Umgang mit automatisierten Fahrzeugen zu sammeln. Teilautonom und zukünftig ganz autonom operierende Fahrzeuge können als Ergänzung zum bestehenden öffentlichen und privaten Verkehr für ein noch besseres, feingliederiges und vor allem nachhaltigeres urbanes Mobilitätssystem eingesetzt werden.

Damit sich diese neuen Technologien aber durchsetzen können, braucht es Teststrecken in einem realen städtischen Umfeld. Anbieten würde sich in der Stadt Zürich zum Beispiel die Strecke vom Bucheggplatz zur ETH Hönggerberg. Hier fahren neben dem MIV auch ein öffentlicher Bus, der bald zu einem Trolleybus umgerüstet wird, und der privat betriebene «ETH eLink», welcher die ETH Hönggerberg mit der Innenstadt verbindet und seit letztem Jahr rein elektrisch unterwegs ist. Alternativ wäre als Teststrecke auch eine Verbindung mit Eigentrasse des öffentlichen Verkehrs denkbar.

Die Stadt Zürich könnte mit einer Teststrecke eine Vorreiterrolle in der Weiterentwicklung und Kommerzialisierung von teilautonomen und vollautonomen Fahrzeugen übernehmen.

Mitteilung an den Stadtrat

3799. 2021/144

Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Christina Schiller (AL) vom 31.03.2021: Verzicht auf Einsätze der polizeilichen Interventionseinheit «Skorpion» bei Demonstrationen und Sportanlässen

Von Luca Maggi (Grüne) und Christina Schiller (AL) ist am 31. März 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stadtpolizei im Rahmen von Demonstrationen und Sportanlässen auf Einsätze der Mitglieder der polizeilichen Interventionseinheit «Skorpion» verzichten kann.

Begründung:

Auf ihrer Homepage zur Interventionseinheit «Skorpion» führt die Stadtpolizei Zürich folgende «klassischen Interventionseinsätze» auf (Quelle: https://www.stadt-zuerich.ch/pd/de/index/stadtpolizei_zuerich/ueber_uns/fact_figures/interventionseinheit.html):

- Schutz gefährdeter Menschen bei Gewaltverbrechen, namentlich bei Geiselnahmen
- Festnahme oder Unschädlichmachung von Gewaltverbrechern
- Unterstützung der eigenen Kräfte bei der Bekämpfung von Gewaltverbrechen
- Schutz gefährdeter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Personenschutz)
- Schutz gefährdeter Sachwerte

Auch in der öffentlichen Wahrnehmung sorgte der Einsatz der Interventionseinheit anlässlich von Demonstrationen und Sportanlässen schon für Irritation, welche auch durch das Werbevideo der Interventionseinheit befeuert wird. In einem Tages-Anzeiger-Artikel vom 31.5.2019 (<https://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/stadt/ie-skorpion-die-maskierten-elitepolizisten/story/14528228>) wurden die Einsatzkräfte der Interventionseinheit basierend auf ihr Werbevideo wie folgt beschrieben: «Sie gelten als knallharte Typen, Alpha-Tiere ohne Angst vor der offenen Konfrontation.»

Der Profilbeschrieb und auch die öffentliche Wahrnehmung der Interventionseinheit zeigen, dass diese Interventionseinheit für Einsätze an Demonstrationen, Kundgebungen oder auch Sportanlässen völlig ungeeignet ist. Im Kontext der vom Stadtrat in mehreren schriftlichen Anfragen erwähnte «Deeskalationspraxis», die die Polizei im Rahmen von Einsätzen an den erwähnten Veranstaltungen verfolgen will, ist deren Einsatz zusätzlich fragwürdig und entspricht nicht ihren Kernaufgaben.

Mitteilung an den Stadtrat

3800. 2021/145

Postulat von Christina Schiller (AL) und Luca Maggi (Grüne) vom 31.03.2021: Aufhebung der «Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit» (BFE) der Stadtpolizei

Von Christina Schiller (AL) und Luca Maggi (Grüne) ist am 31. März 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die seit 2005 existierenden «Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit» (BFE) der Stadtpolizei aufheben oder klare sowie auf Ausnahmefälle beschränkte öffentliche Richtlinien für deren Einsatz festlegen kann.

Begründung:

Seit 2005 setzt die Stadtpolizei im Rahmen von Demonstrationen, Kundgebungen und Sportanlässen die sogenannte «Beweissicherungs- und Festnahmeinheit» (BFE) ein. Seit 2017 ist diese immerhin zusätzlich sichtbar beschriftet im Einsatz (auch wenn die in den Medien genannte Begründung «bessere Erkennbarkeit als taktische Einheit» in Bezug auf Deeskalation eher fragwürdig wirkt). Über die Aufgabenfelder der BFE, die internen Dienstanweisungen sowie deren konkreten Aufträge im Einsatz ist nur wenig bekannt. Gemäss Auskunft der Stadtpolizei leistet die BFE durchschnittlich 20 Einsätze im Jahr. In den vergangenen Monaten fiel die BFE im Rahmen von Kundgebungen immer stärker mit besonders aggressivem Verhalten bis hin zu Gewaltübergriffen auf. Dies sorgte auch in Medien für Schlagzeilen (z.B. Tages-Anzeiger vom 17. März 2021: <https://www.tagesanzeiger.ch/wenn-die-rambo-truppe-die-demo-stoppt-694644881655>).

Aufgrund der Erfahrungen aus den Einsätzen der BFE muss davon ausgegangen werden, dass diese mit ihrem Auftreten an den einleitend genannten Einsätzen vermehrt eskalierend statt deeskalierend wirkt. Dies widerspricht der vom Stadtrat in Antworten auf mehrere schriftliche Anfragen sowie bei öffentlichen Auftritten geäusserten Deeskalationspraxis, welche die Stadtpolizei im Rahmen solcher Einsätze verfolgt. Weiter ist nicht ersichtlich, inwiefern die BFE weitergehende Kompetenzen als andere Einsatzkräfte hat oder solche bekommen soll. Deshalb fordern wir den Stadtrat auf, eine ersatzlose Auflösung der BFE zu prüfen oder zumindest öffentliche und auf Ausnahmefälle begrenzte Einsatzrichtlinien für die BFE zu erlassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die sechs Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

3801. 2021/146

Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Frank Rühli (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und 29 Mitunterzeichnenden vom 31.03.2021:

Abbau zentrumsnaher Parkplätze in Schwamendingen, Möglichkeiten für ein kurzzeitiges Parkieren am Schwamendingerplatz für Familien mit Kleinkindern oder Personen mit leichter Mobilitätseinschränkung und für die Realisierung von Kurzzeitparkplätzen sowie Parkplätzen in der weissen und blauen Zone

Von Dr. Frank Rühli (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und 29 Mitunterzeichnenden ist am 31. März 2021 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Schwamendingen ist einer der Stadtkreise mit dem grössten prognostizierten Bevölkerungswachstum. Gemäss der öffentlichen Planaufgabe vom 24.3.2021 («Strassenbauprojekt: Schwamendingerplatz, Herzogenmühlestrasse und Parkplatz Schwamendingerplatz», Nr. 2021/0163), werden nun aber im Bereich der Herzogenmühlestrasse erneut zahlreiche weisse aber insbesondere auch blaue Zone Parkplätze abgebaut (minus ca. 20%). Insbesondere sind wegen der regen Bautätigkeit seit Jahren zahlreiche weisse und blaue Parkplätze blockiert und stehen der Schwamendinger Bevölkerung nicht zur Verfügung.

Die Entwicklung des Abbaus zentrumsnaher Parkplätze ist in Schwamendingen schon seit Jahren der Fall (bspw. auch an der Saatenstrasse). Für Anwohner ist insbesondere der Abbau blauer Zone Parkplätze ärgerlich und führt direkt zu verstärktem Suchverkehr im Quartier. Die zentrumsnahe blaue Zone Parkplätze sind lokal auch wichtig für die BetreiberInnen des Wochenmarkts und der regelmässig stattfindenden Flohmärkte.

Der Abbau von weisse Zone Kurzzeit-Parkplätze beim «Herz» des Stadtkreises - dem Schwamendingerplatz - ist unbefriedigend bspw. für Familien mit Kleinkindern oder auch leicht mobilitätsbehinderte Personen (nicht qualifizierend für explizite Behindertenparkplätze) für welche eine längere Gehstrecke mühevoll ist. Ein weiterer Verlust von solchen zentrumsnahen weisse Zone Parkplätzen gefährdet zudem die Attraktivität der Quartier-Geschäfte am Schwamendingerplatz und führt zwangsläufig zu einem vermehrten Ausweichen auf einfach erreichbare Orte wie bspw. das nahegelegene Glatzentrums.

Schliesslich ist schon heute ein Ein- / Aussteigenlassen von Personen am Schwamendingerplatz de facto nicht möglich und führt oft zu gefährlichen und illegalen Stopps im Bereich der Post und Bushaltestellen. Wenige sog. «Kiss and Ride»-Parkplätze würden diese Situation daher deutlich entschärfen.

Nach diesen Ausführungen bitten wir den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass in den letzten Jahren so zahlreich zentrumsnahe blaue und weisse Zone Parkplätze in Schwamendingen abgebaut wurden?

2. Wie gedenkt der Stadtrat zukünftig bspw. Familien mit Kleinkindern oder Leuten mit leichter Mobilitätseinschränkung ein zentrumsnahes kurzeitiges Parkieren am Schwamendingerplatz zu ermöglichen?
3. Wie steht der Stadtrat der Idee von einigen wenigen neuen Kurzzeitparkplätzen (im Sinne von «Kiss and Ride») am Schwamendingerplatz gegenüber? Falls ja, wo wäre dies baulich rasch, kostengünstig und den Verkehrsfluss nicht störend zu realisieren?
4. Inwieweit gedenkt der Stadtrat dem bevölkerungsmässig stark boomenden Schwamendingenquartier generell weisse und blaue Zone Parkplätze zentrumsnah am Schwamendingerplatz zu ermöglichen?

Mitteilung an den Stadtrat

3802. 2021/147

Schriftliche Anfrage von Simone Brander (SP) und Natascha Wey (SP) vom 31.03.2021:

Beschluss der Strassenbenennungskommission betreffend Ergänzung der Strassenschilder mit weiblichen Vornamen, Angaben zu den nicht übernommenen Vorschlägen der Fachstelle für Gleichstellung, Kosten der zusätzlichen Tafeln und Beurteilung der Massnahme hinsichtlich der besseren Sichtbarkeit der Geschichte von Frauen

Von Simone Brander (SP) und Natascha Wey (SP) ist am 31. März 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Mit STRB 2020/1212 vom 16. Dezember 2020 informiert der Stadtrat über einen Entscheid der Strassenbenennungskommission, acht Strassen in Zürich, die bereits weibliche Vornamen tragen, mit Tafeln mit Verweis auf weibliche historische Persönlichkeiten zu ergänzen, die einen Bezug zu Zürich haben. Gemäss Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats gingen dem Entscheid 16 Vorschläge der Fachstelle für Gleichstellung voraus, von denen die Strassenbenennungskommission acht Vorschläge umsetzen will. Dass nicht alle 16 Vorschläge übernommen wurden, begründet die Strassenbenennungskommission damit, dass ein «Täfelwald» vermieden werden soll sowie aus Kostengründen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welches waren die weiteren acht Vorschläge der Fachstelle Gleichstellung, die nicht übernommen wurden?
2. Was versteht der Stadtrat unter einem «Täfelwald»?
3. Was kostet die Anbringung einer zusätzlichen Tafel?
4. Wie viel Geld «spart» die Stadt, indem sie die acht weiteren Vorschläge der Fachstelle für Gleichstellung nicht umsetzt?
5. Wie viele neue Strassen und Plätze wurden in den vergangenen fünf und zehn Jahren nach Frauen benannt? Wie viele nach Männern?
6. Mit der Sichtbarmachung von acht weiblichen historischen Persönlichkeiten soll gemäss zitiertem Stadtratsbeschluss ermöglicht werden, «das Ungleichgewicht zu den Strassennamen nach Männern etwas abzuschwächen». Wie viele Strassen sind heute nach Männern und viele nach Frauen benannt? Wie gross ist der prozentuale Einfluss der genannten Abschwächung?
7. Inwiefern ist der Stadtrat der Ansicht, dass die Ergänzung von bereits bestehenden Strassen mit weiblichen historischen Persönlichkeiten eine einfache und leicht umsetzbare Massnahme darstellt, die Sichtbarkeit der Geschichte von Frauen im öffentlichen Raum zu erhöhen?
8. Wird sich der Stadtrat in der Strassenbenennungskommission dafür einsetzen, dass die anderen acht Vorschläge ebenfalls übernommen werden?
9. Inwiefern sieht der Stadtrat weitere Möglichkeiten, bei bereits bei nach Frauennamen benannten Strassen die Sichtbarkeit von weiblichen Persönlichkeiten zusätzlich zu erhöhen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

- 3803. 2020/115**
SK HBD/SE, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Thomas Schwendener (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2020–2022

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 29. März 2021):

Reto Brüesch (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

- 3804. 2020/532**
Schriftliche Anfrage von Mathias Manz (SP), Brigitte Fürer (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 25.11.2020:
Nutzungsstrategie für das Schlachthof-Areal, mögliche Nutzungen auf der Grundlage der aktuellen Zonierung, Spielraum für die Umnutzung der inventarisierten Gebäude, aktueller Projektstand und Aufnahme der Anliegen aus dem partizipatorischen Verfahren sowie Erwartungen betreffend Entwicklung der Fleischwirtschaft und Beurteilung der damit verbundenen Standortfrage

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 243 vom 17. März 2021).

- 3805. 2020/591**
Schriftliche Anfrage von Sven Sobernheim (GLP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 16.12.2020:
Elektroladestationen bei städtischen Liegenschaften, Zahlen zu den Parkplätzen mit Elektroanschluss in den Tiefgaragen und Liegenschaften der Stadt und Anzahl Gesuche bei der Liegenschaftenverwaltung sowie Strategie betreffend Ausrüstung der Parkplätze mit Elektroladestationen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 273 vom 24. März 2021).

- 3806. 2021/16**
Schriftliche Anfrage von Stefan Urech (SVP) und Urs Helfenstein (SP) vom 13.01.2021:
Rohrleitungen am Sihlufer zwischen der Stauffacherbrücke und dem Hauptbahnhof, Zeitpunkt der Ausserbetriebnahme der Rohre und heutiger Verwendungszweck sowie weiteres Vorgehen betreffend Entfernung der Rohre

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 244 vom 17. März 2021).

3807. 2020/148**Weisung vom 06.05.2020:****Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung, Zonenplanänderung Schärenmoosstrasse, Zürich-Seebach, Kreis 11, Reduktion des Wohnanteils von 66 auf 0 Prozent**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 13. Januar 2021 ist am 22. März 2021 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 7. April 2021.

3808. 2020/370**Weisung vom 02.09.2020:****Immobilien Stadt Zürich, Liegenschaften Hagenholzstrasse 85a und 85b (Campus Glattal), Quartier Seebach, Miete und Einbau Sekundarschule, Objektkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 13. Januar 2021 ist am 22. März 2021 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 7. April 2021.

Nächste Sitzung: 7. April 2021, 14 Uhr.